RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Europafragen
und Eine Welt
Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7676
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

15.12.2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Brixius-Stapf Brisxius-Stapf@mffjiv.rlp.de	06131 16-4497 06131 16174497

Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 02.12.2020
TOP 6 „Stärkung von LGBTIQ-Rechten in der EU“
Antrag der Fraktion der FDP
Vorlage 17/7512

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 6 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Ich berichte daher wie folgt:

Die Europäische Kommission hat am 12. November 2020 erstmals eine Strategie zur Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LGBTIQ) vorgestellt. Es ist die erste Strategie der Kommission im Bereich LGBTIQ.

Warum ist eine Strategie zur Gleichstellung von LGBTIQ notwendig?

Obwohl in der EU in den letzten Jahren Fortschritte bei der Gleichstellung erzielt wurden, sind Angst, Gewalt und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen nach wie vor weit verbreitet. Dies belegt die Umfrage „A long way to go for LGBTI equality“ der Agentur

der Europäischen Union für Grundrechte, die im Mai 2020 veröffentlicht wurde. Rund 140.000 LGBTIQ-Personen aus 27 Ländern der Europäischen Union haben an dieser Umfrage teilgenommen. Das Ergebnis ist ernüchternd: im Vergleich zu der Vorgängerstudie in 2012 sind kaum Fortschritte zu verzeichnen. Noch beunruhigender sind Anti-LGBTIQ-Vorfälle in der EU, wie Angriffe auf Pride-Paraden, proklamierte „LGBTIQ-ideologiefreie-Zonen“ in Polen und Strafen für LGBTIQ-freundliche Werbung. Die COVID-19-Krise hat die Lage von LGBTIQ-Personen weiter verschärft.

Die EU-Strategie sieht eine Reihe von Maßnahmen in vier Säulen vor:

1. **Bekämpfung von Diskriminierung**
   Die Kommission will insbesondere im Bereich Beschäftigung eine Bestandsaufnahme vornehmen. Der Bericht über die Anwendung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf soll bis 2022 veröffentlicht werden. Im Anschluss will die Kommission alle sich aus dem Bericht ergebenden Rechtsvorschriften vorlegen, insbesondere zur Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen. Die Kommission will außerdem einen Rechtsrahmen vorlegen, in dem speziell auf die mit Systemen der künstlichen Intelligenz verbundene Gefahr von Vorurteilen und Diskriminierung eingegangen wird.

2. **Gewährleistung der Sicherheit**
   Um den Schutz vor Hassdelikten und Hetze, die sich gegen LGBTIQ-Personen richten, zu gewährleisten, will die Kommission 2021 eine Initiative vorlegen, um die Liste der „EU-Straftaten“ um Hassdelikte und Hetze zu erweitern. Darüber hinaus will sie Finanzierungsmöglichkeiten für Initiativen bereitstellen, mit denen gegen Hassdelikte, Hetze und Gewalt gegen LGBTIQ-Personen vorgegangen werden soll.

3. **Schutz der Rechte von Regenbogenfamilien**
   Die Kommission will eine Gesetzgebungsinitiative zur gegenseitigen Anerkennung von Elternschaft in den Mitgliedsstaaten vorlegen und mögliche Maßnahmen zur

Förderung der gegenseitigen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten prüfen.

4. Gleichstellung von LGBTIQ-Personen in der Welt

In verschiedenen Teilen der Welt sind LGBTIQ-Personen schweren Rechtsverletzungen und -verstößen ausgesetzt. Die Kommission wird im Rahmen der Instrumente Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit, der Heranführungshilfe und des Asyl- und Migrationsfonds Maßnahmen zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen unterstützen.

Unter Federführung der für Gleichheitspolitik zuständigen Kommissarin Helena Dalli und mit Unterstützung der Task-Force für Gleichheitspolitik wird die Kommission zudem die Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in alle Politikbereiche der EU einbeziehen und mit anderen Strategien verknüpfen, wie mit dem EU-Aktionsplan gegen Rassismus, der Strategie für die Rechte von Opfern und der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, eigene Aktionspläne zu entwickeln, um LGBTIQ-Personen besser vor Diskriminierung zu schützen und die EU-Strategie durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu ergänzen. Die Europäische Kommission will die Umsetzung der in der Strategie dargelegten Maßnahmen überwachen und 2023 eine Halbzeitbilanz vorlegen.

Die EU-Strategie LGBTIQ bestätigt und unterstützt die Maßnahmen auf Landesebene

Die Landesregierung ist mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz von LGBTIQ-Personen gut aufgestellt. Rheinland-Pfalz hat bereits 2013 als drittes Bundesland einen Landesaktionsplan beschlossen, der in Federführung des Familienministeriums umgesetzt wird.

Zur Umsetzung der Ziele bündelt der Landesaktionsplan eine Vielzahl von Maßnahmen, zu denen alle Ressorts der Landesregierung, nachgeordnete Behörden, gesellschaftliche Gruppen und die Queer-Organisationen im Land ihren Beitrag leisten. Der im August 2020 vorgelegte Bericht zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gibt hierzu einen aktuellen Überblick.

Wir werden die am 12. November 2020 vorgelegte EU-Strategie LGBTIQ auswerten und prüfen, ob sich hieraus ein Handlungsbedarf ergibt, der über den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ und über den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hinausgeht.

Die EU-Strategie LGBTIQ ist ein wichtiges Signal zur Gleichstellung und Akzeptanz auf allen politischen Ebenen.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist dafür für alle Mitgliedsstaaten Basis und Verpflichtung zugleich. Der Aufruf der EU Kommission, Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen zu entwickeln, richtet sich auch an Deutschland. Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat in ihrem Beschluss vom 1. Juli 2020 mit Unterstützung von Familienministerin Anne Spiegel die Bundesregierung nachdrücklich dazu aufgefordert, einen nationalen Aktionsplan zu erstellen.

Auf europäischer Ebene ist die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen unterschiedlich umgesetzt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat auf die Entwicklung in Polen entschieden reagiert und den Marschall der Partnerregion Oppeln im Juni 2020 gebeten, „LGBTIQ-freien-Zonen“ unmissverständlich entgegenzutreten und sich für die Sicherheit von LGBTIQ-Personen einzusetzen. Wir sind froh, dass das Oppelner Regionalparlament am 27. Oktober 2020 mit absoluter Mehrheit eine Petition zur Einrichtung dieser menschenfeindlichen Zonen abgelehnt hat.

Aus Sicht des Familienministeriums ist die EU-Strategie ein wichtiger Schritt, die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTIQ-Personen europaweit nachhaltig zu fördern. Sie wird gelingen, wenn alle politischen Ebenen hierzu ihren Beitrag leisten.

Der Bericht zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ und weitere Informationen zum Thema sind auf der Homepage www.regenbogen.rlp.de eingestellt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Christiane Rohleder

Dr. Christiane Rohleder
Staatssekretärin